



125. Deutscher Ärztetag

Beratungsergebnisse
zu Beschlüssen – Restanten

Berlin
01.–02. November
2021

125. Deutscher Ärztetag 2021

Beratungsergebnisse zu Beschlüssen

- Restanten -

Berlin, 01. bis 02. November 2021

Impressum

Copyright

© Bundesärztekammer 2021

Stand: 30.11.2022

Herausgeber

Bundesärztekammer (Arbeitsgemeinschaft der deutschen Ärztekammern),
Herbert-Lewin-Platz 1, 10623 Berlin

Titelgrafik

rsplus Berlin, kommunikation und design
Flemmingstraße 8, 12163 Berlin

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten.

Inhalt

TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag	1
I - 12 Parität in der ärztlichen Selbstverwaltung und in den Einrichtungen des Gesundheitswesens (Beschluss)	1
I - 19 Solidarische Finanzierung der GKV (Vorstandsüberweisung)	1
I - 28 Herstellung von Transparenz in der GOÄ bei Abrechnung durch nichtärztliche Leistungserbringer (Vorstandsüberweisung).....	1
I - 45 DRG-System wird nicht grundsätzlich reformiert (Beschluss).....	2
I - 50 Versorgung sicherstellen – Dispensierrecht im Notfall und im organisierten Bereitschaftsdienst! (Beschluss).....	2
I - 55 Ärztliche Personalausstattung in den Krankenhäusern darf kein Spielball betriebswirtschaftlicher Experimente sein! (Beschluss).....	2
I - 57 Breiteres Angebot an didaktischen Schulungen (Beschluss).....	2
I - 61 Sektorenübergreifende Weiterbildung erleichtern (Vorstandsüberweisung)	3
TOP II Klimaschutz ist Gesundheitsschutz.....	3
II - 48 Überprüfung der Sinnhaftigkeit der Nutzung von Einmalmaterial in der Chirurgie und Endoskopie (Beschluss).....	3
TOP IIIc Sachstandsberichte – Ärztliche Weiterbildung	3
IIIc - 01 Zusatz-Weiterbildung Neuropsychologie einführen (Vorstandsüberweisung)	3

TOP I Gesundheits-, Sozial- und ärztliche Berufspolitik: Aussprache zur Rede des Präsidenten und zum Leitantrag

I – 12 Parität in der ärztlichen Selbstverwaltung und in den Einrichtungen des Gesundheitswesens (Beschluss)

Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand

Ergebnis: Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht. Der Koalitionsvertrag sieht vor, die paritätische Beteiligung von Frauen in den Führungsgremien der Kassen(zahn)ärztlichen Vereinigungen sowie ihrer Spitzenverbände auf Bundesebene sowie der gesetzlichen Krankenkassen zu stärken.

I – 19 Solidarische Finanzierung der GKV (Vorstandsüberweisung)

Beschluss des Vorstands: Beratung im Präsidium, anschließend Beratung im Vorstand

Ergebnis: Beratung in der Vorstandssitzung vom 15./16.09.2022. Der Vorstand diskutiert verschiedene Optionen zur Konsolidierung der GKV-Finanzierung, insbesondere auch den Ausgleich versicherungsfremder Leistungen durch Bundesmittel. Es wird beschlossen, sie Beratung fortzusetzen.

I – 28 Herstellung von Transparenz in der GOÄ bei Abrechnung durch nichtärztliche Leistungserbringer (Vorstandsüberweisung)

Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss „Gebührenordnung“

Ergebnis: Die Forderung wird aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Zunächst könnte sie grundsätzlich nicht durch die Bundesärztekammer (BÄK), sondern nur durch die Bundesregierung als Verordnungsgeber umgesetzt werden. Darüber hinaus würde die geforderte Kennzeichnung die nichtärztliche Anwendung der GOÄ, die nach ihrer Rechtsgrundlage in § 11 BÄO als rein ärztliche Gebührenordnung konzipiert ist, institutionalisieren. Schließlich bestünde auch eine allgemeine Gefährdung hinsichtlich der Abrechenbarkeit von delegierten ärztlichen Leistungen nach der GOÄ, wenn eine Erbringung durch nicht-ärztliche Berufsgruppen in der Rechnung kenntlich gemacht werden soll.

I – 45 DRG-System wird nicht grundsätzlich reformiert (Beschluss)

Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Fachkommission DRG der BÄK und der Arbeitsgemeinschaft der Wissenschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften e.V. (AWMF)

Ergebnis: Der Beschluss wurde unmittelbar nach dem DÄT am 16.11.2021 unter der Leitung von Herrn Henke durch die Fachkommission DRG vorgestellt und beraten. Dies wurde in den weiteren politischen Meinungsbildungsprozess übernommen.

I – 50 Versorgung sicherstellen – Dispensierrecht im Notfall und im organisierten Bereitschaftsdienst! (Beschluss)

Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss „Ambulante stationäre Versorgung“

Ergebnis: Die Sitzung Ausschuss „Ambulante stationäre Versorgung“ folgt noch.

I – 55 Ärztliche Personalausstattung in den Krankenhäusern darf kein Spielball betriebswirtschaftlicher Experimente sein! (Beschluss)

Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss „Stationäre Versorgung“

Ergebnis: Der Antrag wurde im Ausschuss „Stationäre Versorgung“ am 14.03.2022 beraten. Die Forderungen werden in den politischen und medialen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess eingebracht.

I – 57 Breiteres Angebot an didaktischen Schulungen (Beschluss)

Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz „Ärztliche Fortbildung“

Ergebnis: Die Ständige Konferenz hat ermittelt, dass es bereits ausreichend Initiative und Engagement von Kammerseite für Fortbildungsangebote im Sinne des Beschlusses gibt. Derzeit ist eine zurückhaltende bis mangelnde Nachfrage für diese Angebote festzustellen.

**I – 61 Sektorenübergreifende Weiterbildung erleichtern
(Vorstandsüberweisung)**

Beschluss des Vorstands: Beratung in der Ständigen Konferenz der Rechtsberater der Ärztekammern

Ergebnis: Die Beratung der Ständigen Konferenz der Rechtsberater der Ärztekammern hat ergeben, dass es bei den Landesärztekammern bislang keine bekannten Aktivitäten zur Lösung der Umsatzsteuerthematik gibt. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft hat Gleiches berichtet. Eine Prüfung, inwieweit Ausnahmen rechtlich möglich sind (sowohl unionsrechtlich im Hinblick auf die Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie als auch verfassungsrechtlich im Hinblick auf den allgemeinen Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG), konnte noch nicht erfolgen.

TOP II Klimaschutz ist Gesundheitsschutz

**II – 48 Überprüfung der Sinnhaftigkeit der Nutzung von Einmalmaterial in der
Chirurgie und Endoskopie (Beschluss)**

Beschluss des Vorstands: Beratung im Ausschuss „Ambulante stationäre Versorgung“

Ergebnis: Hierzu konnte noch keine abschließende Meinungsbildung in den zuständigen Gremien erfolgen.

TOP IIIc Sachstandsberichte – Ärztliche Weiterbildung

IIIc – 01 Zusatz-Weiterbildung Neuropsychologie einführen (Vorstandsüberweisung)

Beschluss des Vorstands: Beratung im Vorstand der Bundesärztekammer und Beschluss des Vorstands; Beratung in der Ständigen Konferenz (SKO) Ärztliche Weiterbildung, Beratung in der Arbeitsgruppe Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie (AG PPP).

Ergebnis: Die Weiterbildungsgremien haben sich unter Berücksichtigung der Beratungen in der Arbeitsgruppe „Psychiatrie, Psychosomatik, Psychotherapie“ und unter Einbezug der relevanten Fachgruppen bzw. Fachexperten intensiv mit der Einführung einer ZWBNeuropsychologie befasst; eine diesbezügliche Weiterverfolgung der Implementierung soll nicht erfolgen.